

Roland Mierzwa

Armut und die Corona-Krise

Die „Vorrangige Option für die Armen“
neu überdacht



Roland Mierzwa
Armut und die Corona-Krise

Roland Mierzwa

Armut und die Corona-Krise

Die „Vorrangige Option für die Armen“ neu überdacht

Tectum Verlag

Roland Mierzwa

Armut und die Corona-Krise. Die „Vorrangige Option für die Armen“
neu überdacht

© Tectum – ein Verlag in der Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2020
ePDF 978-3-8288-7562-3

(Dieser Titel ist zugleich als gedrucktes Werk unter der ISBN 978-3-8288-4520-6
im Tectum Verlag erschienen.)

Umschlaggestaltung: Tectum Verlag, unter Verwendung des Bildes # 1733349776
von shiv.mer | shutterstock.com

Alle Rechte vorbehalten

Besuchen Sie uns im Internet
www.tectum-verlag.de

Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Angaben sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Vorwort

Britta Baas stellt fest, hätte es sich bei den Betroffenen von Covid-19 „nur“ um Arme und an den Rand Gedrängte gehandelt, hätte Sars-CoV-2 sich allein Afrika ausgesucht, dann wäre die Epidemie keines „Corona-Tickers“ in den täglichen Nachrichten wert gewesen. Sie weist auf den evangelischen Theologen Christian Wolff hin, den es anfielt, dass in Deutschlands Kirchen zu diesem Zusammenhang kaum eine Anmerkung gemacht wurde (vgl. dies., 30.04.2020, 30).

Wolfgang Kessler machte nun deutlich, dass unter der Corona Krise immer noch wenig Solidarität mit den Armen besteht (vgl. ders., Mai 2020a, 4). Und bei gerechten Lösungen für die Zeit nach der Krise ist genau auszubalancieren, was gerecht im Sinne der Armen ist (vgl. ders., Mai 2020b, 7). Es muss nach einer Politik Ausschau gehalten werden, bei der die Armen nicht die Zeche bezahlen (vgl. ders., Mai 2020c, 6).

Und die soziale Bewegung „Ohne Rüstung leben“ schreibt in ihrem Corona-Friedenstagebuch (9), am 29. Mai 2020, nachzulesen im Internet, dass es bei der Bewältigung der Corona-Krise nicht nur um Antworten auf ein Gesundheitsproblem geht, sondern dass die Schwächsten in der Krise vor einer humanitären Katastrophe zu bewahren sind.

An diese ersten Fragen von Britta Baas und von Wolfgang Kessler möchte diese Untersuchung anschließen und unter der neu vermessenen „Vorrangigen Option für die Armen“ solidarische Wege für und mit den Armen aufzeigen. Dabei zeigt sich, wie frühere Überlegungen nun in der „Krise“ auf der Höhe der Zeit sind.

Die Corona-Krise machte schmerzhaft deutlich, wie unzureichend die Gesellschaften weltweit auf die Armut reagieren. Es wird dringender Handlungsbedarf deutlich, damit Zuwächse für den Rechtspopulismus, für gewalttätige Auseinandersetzungen oder auch für Hand-

lungen aus einer Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung heraus vermieden werden können.

Flensburg, den 07.06.2020 (22:00 Uhr)

Inhaltsverzeichnis

1. Brennpunkte der Armut unter der Corona-Krise	1
1.1. Inland	1
1.1.1. Hartz IV	2
1.1.2. Obdachlosigkeit.....	6
1.1.3. Straßenkinder.....	8
1.1.4. Die ländliche Situation.....	8
1.2. Europa	9
1.2.1. Flüchtlingslager/Flüchtlinge nach Europa	9
1.3. International	11
1.3.1. Afrika – die besondere Verletzlichkeit infolge absoluter Armut durch Corona	11
1.3.2. Indien	18
1.3.3. Brasilien.....	20
1.3.4. USA	24
2. Armut als Krise	29
2.1. Einsamkeit/Isolation	29
2.2. Krise der Würde	30
2.3. Verhungern/Sterben	33
2.4. Soziale Unruhen/Bürgerkrieg/Krieg (+ Flucht = wiederum Krisen und Konflikte)	36
2.5. Krise der Demokratie	38

3. Die „Vorrangige Option für die Armen“ neu vermessen	43
3.1. Vorrangigkeit	44
3.2. Option	47
3.3. „für“	51
3.4. Arme.....	55
4. Solidarität mit den Armen	59
4.1. National	64
4.1.1. Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE)	64
4.1.2. Bahnhoftsmissionsarbeit (vgl. gleis eins/Corona Sonderausgabe, April 2020)	66
4.1.3. Bildung	67
4.1.4. Gesundheit.....	70
4.2. International	74
4.2.1. Recht (Lieferkettengesetz).....	74
4.2.2. Finanzen I (Schuldenerlass).....	75
4.2.3. Finanzen II (Mikrokredite)	77
4.2.4. Ökonomie	80
4.2.5. Frieden (Keine Rüstungsexporte).....	82
4.2.6. Gesundheit.....	84
4.2.7. Bildung/Wissen – Das Beispiel Wikipedia	88
4.2.8. Kultur	92
4.3. Global	93
4.3.1. Green New Deal.....	93
5. Literaturverzeichnis	99
Danksagung	115

1. Brennpunkte der Armut unter der Corona-Krise

Der SPIEGEL machte in einem Artikel deutlich, wie der Corona-Virus nicht nur auf geschwächte Milieus, geschwächte Schichten und geschwächte Gesellschaften traf. Die tiefe Kluft zwischen Arm und Reich wurde auf noch erschreckendere Weise deutlich. Und: Die Pandemie verschärfte die Unterschiede dramatisch. Gar nicht wenige Arme trugen deswegen eine „große Wut im Herzen“. An vielen Orten lässt sich ein Zusammenhang zwischen Ungleichheit und hohen Infektionsraten „bis auf regionale, manchmal lokale Ebene hinunter belegen“. Das birgt „ungeheuren sozialen Sprengstoff“. Es wird etwas unternommen werden müssen, um die Eruption der Wütenden sowie Flüchtlingswanderungen zu verhindern (vgl. Pitzke/Sandberg/Schaap/Schindler, 30.05.2020, 86–88).

1.1. Inland

Einen Überblick über die (nationalen) Krisenphänomene in Verbindung mit der Armut gibt die Stellungnahme zur Corona-Pandemie und ihren Folgen der SAGE-Wissenschaftler*innen vom 15. Mai 2020 (Alice Salomon Hochschule Berlin). Dabei wird u.a. auf die prekäre Situation von alleinerziehenden Frauen, von Obdachlosen, aber auch von Suchtkranken hingewiesen. Es wurde aber auch problematisiert, dass sogenannte Risikogruppen unter den Armen „wieder“ eine zusätzliche Stigmatisierungserfahrung machen. Aber auch mit Blick auf Geflüchtete und Asylsuchende problematisierte das Papier: „Zunehmender Rassismus erzeugt ein Gefühl der Bedrohung und einen Zwang zur Überanpassung“ (7). Mit Blick auf die Inklusionsfrage stellten die Wissenschaftler*innen fest: „(...) der barrierefreie Zugang zu Informationen und zu Versorgungsleistungen für alle Menschen mit Beeinträchtigungen fehlt vielerorts“ (9). Obdachlosen wird zumeist „eine Alternative zur Straße (...) meist nicht angeboten“ (9).

1.1.1. Hartz IV

Wenn nachfolgend etwas zu Hartz IV ausgeführt wird, dann ist grundsätzlich voranzustellen, dass Hartz IV, so wie es ausgestaltet ist, eine herablassende Fürsorge-Leistung darstellt, die so niedrig ist, damit die Menschen nicht in Würde leben können, sich nicht gesund ernähren können sowie sich nicht ordentlich kleiden können (vgl. Butterwegge, 2020, 288; s.a. 215f.). Das ist gewollt, damit diese Hartz-IV-Armut im Interesse der Herrschenden, Reichen und Einflussreichen als Drohkulisse, Druckmittel bzw. Disziplinierungsinstrument abschreckend auf die übrigen Gesellschaftsmitglieder wirken kann, um deren Verhalten dadurch „positiv“ im Sinne größerer Systemkonformität zu beeinflussen (vgl. Butterwegge, 2020, 126; s.a. 196). Darüber hinaus wird diese „materielle“ Drohkulisse durch eine sozialpsychologische Drohkulisse ergänzt. Es wird – über Hartz IV – mit Abstiegsängsten der übrigen Bevölkerung gespielt, vielleicht mal zu denen gehören zu können, die nicht mehr ausreichend leistungsstark für den Wirtschaftsstandort sind, die nicht mehr nützlich und ökonomisch schwer verwertbar sind und die sich dann vielleicht dem Vorwurf ausgesetzt sehen müssen, ein „Sozialschmarotzer“ zu sein und der „Standortgemeinschaft“ auf der Tasche zu liegen (vgl. Butterwegge, 2020, 386; s.a. 208f.). Schließlich wirkt es auf die „Arbeitsgesellschaft“ bedrohlich und macht Angst, wenn durch das „System“ 1-Euro-Jobs der Berufs- und Qualifikationsschutz aufgehoben wurde (vgl. Butterwegge, 2020, 289). Die nachfolgenden Ausführungen zu Hartz IV unter der Corona-Krise machten nun deutlich, dass von der „herrschenden Politik“ unter der Corona-Krise nicht entscheidend von diesem „Wirkungsmechanismus“ von Hartz IV abgewichen wurde. Und damit wird der von Rainer Mausfeld (2019) beschriebenen „Absicht“ der Eliten nicht gegengesteuert, der erwünschte sozialpsychologische Effekt der Armut aufrechterhalten. Mausfeld schreibt (Seite 80): „Denn sie (die Armut R.M.) verhindert Partizipation, erzeugt Lethargie und diszipliniert gerade diejenigen gesellschaftlichen Gruppen, die eigentlich das größte Interesse an einer Änderung haben sollten. Armut und Armutsängste sind der beste Garant der gewünschten politischen Lethargie der Bevölkerung: Wenn ein Fünftel der Gesellschaft keine politische Stimme hat, keine Organisationsform, keine mediale Repräsentanz, keine Lobbyisten für eine

Vertretung ihrer Interessen, in weiten Teilen hochgradig überwacht und diszipliniert ist, erhöht dies natürlich die Stabilität des Status herrschender Eliten. Prekarisierung kann folglich als eine neue Taktik der Herrschaftssicherung des Kapitals betrachtet werden. Denn die durch Prekarität bei den Betroffenen ausgelöste Furcht löst, so Pierre Bourdieu, auch bei den (noch) nicht Betroffenen Furcht aus, „eine Furcht, die im Rahmen von Prekarisierungsstrategien systematisch ausgenutzt wird. [...] Man wird den Verdacht nicht los, dass Prekarität gar nicht das Produkt einer mit der ebenfalls vielzitierten ‚Globalisierung‘ gleichgesetzten ökonomischen Fatalität ist, sondern vielmehr das Produkt eines politischen Willens. [...] Teil einer neuartigen Herrschaftsnorm, die auf die Errichtung einer zum allgemeinen Dauerzustand gewordenen Unsicherheit fußt und das Ziel hat, die Arbeitnehmenden zur Unterwerfung, zur Hinnahme ihrer Ausbeutung zu zwingen“.

Dadurch dass Tafeln geschlossen hatten, für Kinder warme Mahlzeiten in Schule und Kita wegfielen, keine Spielräume für Bevorratungskäufe bestanden (bei steigenden Preisen für Lebensmittel), drohte nach der Verbraucherorganisation Foodwatch Mangelernährung (vgl. Hacker, 05.05.2020). Die „kleine“ Lösung beim kostenlosen Mittagessen für Kinder aus armen Familien vom BMAS (vgl. Lehmann/Kutter, 23.04.2020, 6) war hierbei nur eine dürftige Lösung. Vor allgemein gerechten Lösungen, die auch Hartz-IV-Bezieher*innen erreichen könnten, wurde lange Zeit ausgewichen – das wird daran deutlich, dass von der Politik zunächst nicht auf so Lösungsvorschläge wie einen Bevorratungszuschuss (vgl. www.labournet.de/... 4.05.2020), einen Einkaufsgutschein im regionalen Handel in Höhe von 250 Euro (vgl. Rudzio, 07.05.2020, 20) oder das „Bedingungslose Grundeinkommen“ (vgl. Koch, 28.04.2020, 6) eingegangen wurde. Und „selbst in dieser Krisensituation konnte sich die große Koalition nicht dazu durchringen, auch Kindern im Hartz-IV-Bezug wenigstens den sogenannten Kinderzuschlag in Höhe von 185 Euro zu gewähren, den Familien mit geringem Einkommen nun vereinfacht beantragen können“ (Mängel, Juni 2020, 11). Etwas Linderung ist nun aber angesagt, dass der „Kinderbonus“ von 300 Euro aus dem Konjunkturpaket auch ungekürzt bei Hartz-IV-Empfängern*innen ankommt, bei einer gleichzeitigen Mehrwertsteuersenkung von Anfang Juli 2020 bis Ende De-

zember 2020 (vgl. taz 05.06.2020, 2). Dennoch bleibt im Großen und Ganzen die soziale Schieflage bei Hartz-IV-Empfängern*innen bestehen, so die Bewertung des Konjunkturpaketes durch Anton Hofreiter (vgl. taz 05.06.2020, 3), der Kommentar von Saskia Hödl (vgl. taz 06./07.06.2020, 10) und das Interview mit Sebastian Dullien (vgl. taz 06./07.06.2020, 3).

Auch bei der digitalen Kluft, die bei Hartz-IV-Haushalten besteht (vgl. Lehmann, 14.04.2020, 2; Wasilewski, 30.04.2020) und wo das Hartz-IV-Regime nicht wirklich konstruktiv hilfreich ist (vgl. Wasilewski, 20.04.2020), wurde am Anfang der Corona-Krise zunächst nur in sparsamen Umfang eine technische Lösung gefunden, indem nun einige Bundesländer Ende April leihweise einige iPads, Tablets und Notebooks für bedürftige Kinder zur Verfügung stellten (vgl. Lehmann/Kutter, 23.04.2020, 6). Nach Thomas Wasilewski's Einschätzung war man beim Sozialgericht Düsseldorf und dem Jobcenter anscheinend der Meinung, „dass ein Computer und Drucker für Kinder aus armen Familien im Homeoffice überflüssig ist“ (Seite 2). Es müssten aber Initiativen erfolgen, damit die Lehrer*innen an den Schülern*innen (der Hartz-IV-Haushalte) näher dran sind (vgl. Severine Thomas, 14.05.2020, 30). Dazu müsste auch ein „Support“ beim digitalen Lernen durch „digital natives“ organisiert werden. Einzelne Beispiele persönlichen Engagements müssten zu einer breiten Verantwortungsübernahme durch die Länder führen (s.a. den Beitrag von Burchard und Warnecke, 07.05.2020, 19). Beim Umgang mit Schulkindern beteiligte sich der Staat zunächst an der Verschärfung sozialer Ungleichheit. Für Abiturprüfungen wurde eine Lösung gefunden, weil hier ja überwiegend „systemrelevante Kinder“ sind, aber „Unterschicht-Kinder“ mit Schulproblemen wurden überwiegend alleingelassen (vgl. Wasilewski, 30.04.2020, 4). Betrachtet man sich die Posten von 2,51 Euro pro Erwachsenen und 2,07 Euro pro Kind „für Kauf und Reparatur von Festnetz- und Mobiltelefonen und anderen Kommunikationsmitteln“ im Hartz-IV-Regelsatz, dann zeigt sich, dass das Grundrecht auf Bildung nicht zum Hartz-IV-Kind passt. Das Recht wird von den Verantwortlichen zunächst nicht ernst genommen und einfach beiseitegeschoben.

Es wird nun in den kommenden sechs Monaten bis zu 1,2 Millionen zusätzliche Bedarfsgemeinschaften geben (vgl. Peduto, 06.05.2020). Dabei fallen viel mehr Frauen aus dem Arbeitsmarkt, weil von Frauen